

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

Befindet sich unsere Demokratie in der Krise?

Impulsvortrag Prof. Dr. Edda Müller

beim 3. Beiratstreffen der Werte Akademie

Gut Gödelitz, 21. 8. 2021

Vorbemerkung

zum Thema: Sie erwartet

Weder

definitive Wahrheiten zur Krise

Noch

Patentrezepte zur Krisenbewältigung

Sondern

food for thought und Stoff für Diskussion

zu meiner Person

Gliederung

1. Leitbilder zur Demokratie
2. Zur Krise – um welche Krise handelt es sich?
3. Daten zum Zustand der deutschen Gesellschaft
4. Autoren zu Problemen der Demokratie
5. Mehr Demokratie wagen – aber wie?
6. Vorschläge für Diskussion

Leitbilder der Demokratie

Vaclav Havel

„Without commonly shared and widely entrenched moral values and obligations, neither the law, nor democratic government, nor even the market economy will function properly“

Volker Bouffier

„Wer politikfähig sein will, muss kompromissfähig sein. Auch wenn das für das eigene Lager manchmal schwierig ist“ (aus: Interview in „Die Zeit“, 29.7. 2021, S. 34)

Leitbilder

Ernst-Wolfgang Böckenförde

„Der freiheitlich, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der **moralischen Substanz des einzelnen** und der **Homogenität der Gesellschaft**, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.“

aus: E-W B: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Recht, Staat, Freiheit, 2006, S. 112 f. Original 1964

Zur Krise – um welche Krise handelt es sich?

Zur Krise

Die Krise unserer Zeit hat verschiedene Gesichter.

Große Systemkrisen wie

- Gefährdung des Weltfriedens, Menschenrechtsverletzungen und Migration
- Die Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens in unserem Land
- Ökologische Krisen: Klimawandel, Artenverlust, Ressourcenknappheit

Kleine Alltagskrisen wie

- Unzureichende öffentliche Dienstleistungen
- Schwierige Durchsetzung von Verbraucherrechten gegenüber Unternehmen

Überwölbend: **Vertrauens- und Gerechtigkeitskrise**

Polarisierung oder Pluralisierung der Gesellschaft? (Michael Zürn)

Nicht Polarisierung sondern Pluralisierung der Konfliktlinien

Politische Soziologie sieht **drei zentrale Konfliktthemenbündel:**

- **Traditionelle Auseinandersetzung über das richtige Verhältnis von Staat und Markt**
- **Fragen des weltoffenen und toleranten Lebensstils in Konflikt mit traditioneller Leitkultur**
- **Auseinandersetzung über Migration**

Die gegenwärtige politische Landschaft ist ... durch eine Ausdifferenzierung der politischen Lager gekennzeichnet, die sich alleine durch die beiden Pole links und rechts nicht mehr angemessen beschreiben lässt.“

„Politik der letzten Jahrzehnte war Parteigängerin der liberalen Eliten“ Daher verfestigt sich in traditionellen Kreisen die Vorstellung, sie würden von der Politik nicht wahrgenommen.

Quelle: Zürn: Nicht alle Stimmen sind gleich. Die Sprengkraft mangelhafter politischer Repräsentation, WZB Mitteilungen Heft 172, Juni 2021

Daten zum Zustand der deutschen Gesellschaft

Zustand der Gesellschaft – Daten des Sozialberichts für die BR Deutschland, 2021

- **Armutsrissen haben sich in Deutschland verfestigt.**
- Anteil dauerhaft von Armut bedrohter Menschen hat sich seit 1998 mehr als verdoppelt.
- Fast jede/r Sechste (15.8 %) lebt unter der Armutrisikoschwelle – diese lag 2018 in Ein-Personen-Haushalten bei 1040 EUR/mtl., bei 1352 EUR in Ein-Elternhaushalt mit einem Kind.
- **Ungleiche Bildungschancen**, nur 8 % der Gymnasiasten/innen haben Eltern mit Hauptschulabschluss
- **anhaltende Geschlechterungleichheit** - 90 % der Elternzeitmonate werden von Müttern genommen, hoher Anteil von Teilzeit bei Frauen

Zufriedenheit der Deutschen mit Regierung, Staat und Politik

- Weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland ist damit zufrieden, wie die deutsche Demokratie funktioniert.
- 2/3 glauben, dass es den nachfolgenden Generationen schlechter gehen wird.
- In Westdeutschland ist knapp die Hälfte der Bürger:innen zufrieden mit der Demokratie. In Ostdeutschland nur etwas mehr als ein Drittel
- Unzufriedenheit mit politischen Inhalten dominiert – insbes. Rente und Wohnen
- Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie. Politiker:innen wird allgemein schlechtes Zeugnis ausgestellt.
- Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten - nach Brexit jedoch nachlassende Begeisterung für Plebiszite
- **Wunsch nach aktivem Staat**, der sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Abbau bestehender Ungleichheiten einsetzt
- Quelle: Frank Decker u.a: Vertrauen in Demokratie, FES 2019

Global Corruption Barometer 2021

Ergebnisse für Deutschland

- In Deutschland glauben 26,4 % der Bevölkerung, dass das Ausmaß an Korruption im letzten Jahr zugenommen hat
- 38,5 % finden, dass die Bundesregierung Korruption schlecht oder sehr schlecht bekämpft
- 3,2 % der Befragten geben an, in den vergangenen 12 Monaten für eine öffentliche Dienstleistung Bestechungsgeld gezahlt zu haben
- 21,1% haben nach eigenen Angaben für den Erhalt einer öffentlichen Leistung persönliche Beziehungen genutzt
- 79,1 % der Befragten haben grundsätzlich Vertrauen in die Bundesregierung
- **61,6 % haben jedoch den Eindruck, dass die Bundesregierung weitgehend durch einige große Interessengruppen gesteuert wird.**

Quelle: TI, repräsentative Umfrage unter 40.600 Bürger:innen in 27. EU-Mitgliedstaaten, davon 4801 in D.. Durchgeführt Okt—Dez 2020

Mitte-Studie, FES 2020/21: rechtsextreme + demokratiegefährdende Einstellungen

Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung zu den Subdimensionen rechtsextremer Einstellungen und Gewaltbilligung in Deutschland 2020/21 (Angaben in Prozent) Tabelle 3.0.3

	Ab- lehnung	Grau- bereich	Zustim- mung
Befürwortung Diktatur (n = 1.651)	82,3	15,5	2,2
Nationaler Chauvinismus (n = 1.586)	57,3	34,1	8,6
Verharmlosung des Nationalsozialismus (n = 1.541)	89,2	9,4	1,4
Fremdenfeindlichkeit (n = 1.650)	74,1	21,3	4,5
Antisemitismus (n = 1.493)	88,0	10,3	1,7
Sozialdarwinismus (n = 1.679)	88,3	8,8	2,9
Manifest rechtsextremes Weltbild (n = 1.315)	86,2	12,1	1,7
Gewaltbilligung (n = 1.732)	82,9	11,8	5,3

Anmerkungen Gesamtstichprobe n = 1.750 | Aufgrund des strengen Vorgehens bei der Skalenbildung für die rechtsextremen Einstellungen und einzelner fehlender Werte variiert die Fallzahl und ist

Autoren zu Problemen der Demokratie

Colin Crouch

Wolfgang Streeck

Uwe Schneidewind

Philip Manow

Postdemokratie (Colin Crouch)

Definition der Postdemokratie nach Crouch:

Gemeinwesen, in dem zwar Wahlen abgehalten werden. Diese verkommen aber zu einem Debakel, weil konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentlichen Debatten stark kontrollieren. Es würde nur über Probleme diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.

- Postdemokratie wird von der **Globalisierung** unternehmerischer Aktivitäten vorangetrieben. Nationalstaat sieht sich mit Drohung der Verlagerung von Arbeitsplätzen und Kapital konfrontiert.
- Folge sei seit den 1980er Jahren eine **neoliberale Politik**, die die Privatisierung fördert und den Bürgern mehr Selbstverantwortung aufbürdet

Fortsetzung Postdemokratie

•
„Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn ... zu einem Selbstbedienungsladen machen. **In der Unfähigkeit dies zu erkennen. liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens“**

Crouch 2004, deutsch 2008, S. 29f - Quelle für Crouch:
Wikipedia

Zwischen Globalismus und Demokratie

Wolfgang Streeck, 2021

„Wachsender Wohlstand war das Versprechen (der Globalisierung und neoliberaler Politik), wachsende Unfähigkeit, die **kapitalistische Ungleichmaschine** zu bändigen, ist das Ergebnis. Taumelnde Volksparteien, schrumpfende Gewerkschaften sowie grassierende Zweifel an der Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen sind die Folge dieser Entwicklung“.

Ausweg sei eine „moderne, auf friedliche Kooperation ausgerichtete „Kleinstaaterei“.

EU sei keine Lösung, da nicht demokratisierbar.

Quelle: Klappentext

Nachhaltigkeit als Zukunftsmission (Uwe Schneidewind)

„ Im Kern handelt es sich um eine **moralische Revolution**“ (S. 298)

„In der Marktgesellschaft dominiert individuelles Streben nach Gewinn und eine Maximierung des Eigennutzes“ (S. 71)

„Der Staat ist im globalisierten Wettbewerb zunehmend überfordert“ (S. 362)

Demokratischer Prozess verlangt eine Transformation in geteilter Verantwortung von Zivilgesellschaft, Politik, Unternehmen, Wissenschaft. Gebraucht werden Pioniere des Wandels (S. 298 ff)

Journalismus als 4. Gewalt sei Treiber einer kurzfristigen Aufmerksamkeitsökonomie“ (S. 357 f)

Quelle: U.S.: Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, 2018

Die Entdemokratisierung der Demokratie (Philip Manow)

Wir erleben gegenwärtig eine enorme **Inflation von Demokratiegefährdungsdiaagnosen**, S. 16

Demokratie als System organisierter Unsicherheit (Przeworski).S. 5

Demokratie basiert ganz wesentlich auf dem **losers' consent**. Akzeptiert der unterlegene Amtsinhaber seine Niederlage, oder akzeptiert er sie möglicherweise nicht.“ (S. 13) Gilt auch für die Wähler (EM)

„Ist der Streit auf der Ebene **des Misstrauens** angelangt, wird der Diskurs regelmäßig von einem solchen Fieber ergriffen, dass er seine eigenen Paradoxien nicht mehr zu erkennen vermag. **Der Populist, als >selbsterwählter Vertrauensmann der Massen< (Max Weber) kontrastiert das wahre Volk und die korrupten Eliten**“ (S. 14)

Fortsetzung Philip Manow

„ Im Namen der Integration bekommen wir ... die Inflation der Exklusionsverdikte, im Namen der Vernunft die Diskursverweigerungsbefehle, im Namen der Toleranz die großzügige Ausweitung der Verdachtszonen“ (S. 14)

Dazu gehört auch die Beobachtung, dass die abgestorbenen Konkurrenzutopien des 20. Jahrhunderts, Faschismus und Kommunismus nun innerhalb der Demokratie gespenstisch fortzuleben scheinen: als wechselseitiger Verdacht der Lager, die Demokratie entweder völkisch deformieren oder internationalistisch auflösen zu wollen (S: 16)

Mehr Demokratie wagen – aber wie?

Transparenz

Partizipation

Volksbegehren, Volksentscheide

Input- und Output Legitimation

Die **input orientierte Legitimation** schaut auf den Grad von Partizipation und Konsens im Sinne von '**government by the people**'.

Dabei wird angenommen, dass es möglich ist im Weg einer breiten Partizipation sowie durch einen umfassenden Dialog einen Konsens über politisches Handeln zu erzielen, der alle Betroffenen zufrieden stellt.

Die **output orientierte Legitimation** fragt nach der Fähigkeit zur Problemlösung im Sinne von '**government for the people**'.

Transparenz zur Bildung von Vertrauen?

Hohe Erwartungen in die Stärkung der Demokratie durch mehr Transparenz

T. führe zu höherer Rechenschaftspflicht, verbesserter Kontrolle und Verantwortung, höherer Problemlösungskompetenz und gestärkter Legitimation.

Skepsis:

Byung-Chul Han, Karlsruhe: Transparenz führe zu einer Kontrollgesellschaft und schaffe Vertrauen ab, statt es zu stärken.

Franz Walter, Göttingen: Bei vermehrten Möglichkeiten der Partizipation insbesondere durch die Instrumente der Informationstechnologie dominiere die Bildungs- und Mittelschicht. Die „Hinterhöfe der Gesellschaft“ werden abgehängt.

Fortsetzung Transparenz

Bernhard Pörksen, Tübingen:.

Transparenz mache Skandalisierung wahrscheinlicher.

„Jeder kann sich barrierefrei in die Erregungskreisläufe einschalten. Das Enthüllungs- und Empörungsgeschäft hat sich radikal demokratisiert.“

Unklar ob IFG und Transparenzgesetze die Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten sozial schwacher Schichten verbessert haben. Geringe Nutzung der Instrumente

Indirekte und präventive Wirkung durch Medien möglich.

Korruptionsvermeidung durch E-Vergabe öffentlicher Aufträge

Partizipation, Bürgerbeteiligung

Vielzahl von Instrumenten und Experimenten primär auf Kommunalebene

- Erstmalige Einführung der Betroffenenbeteiligung im Städtebauförderungsgesetz 1971
- Formate der Beteiligung:
 - gemeinsame Entscheidung** z. B. Bürgerprojekte, runde Tische, Mediation, Schlichtung
 - Entscheidung bleibt bei Behörden** z.B. Planungszelle, Anhörung, Planspiel
 - Einweg-Kommunikation** z.B. Flyer, Ausstellungen, webbasierte Information
- **Problem schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen** z.B. weniger Gebildete, Arbeitssuchende, Vielbeschäftigte, arme Menschen, ethnische Minderheiten

Quelle: Bertelsmann Stiftung, Allianz Vielfältige Demokratie, 2016

Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheide

Art. 20, 2 GG: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen **und Abstimmungen** ausgeübt.

Bund: nur bei Neugliederung nach Art. 29, 2 und 6 GG in Form eines Referendums, d.h. Bundesgesetz benötigt die Bestätigung durch Volksentscheid

Bundesländer: in allen BL besteht Möglichkeit über Volksinitiative, Volksbegehren einen Volksentscheid herbeizuführen.

Unterschiede zu Themen: Nur einfache Gesetze, auch Verfassungsänderungen und auch vorzeitige Auflösung des Landtags

Kommunale Gebietskörperschaften - Bürgerentscheide möglich in allen BL, Unterschiede hinsichtlich Quorum für Bürgerbegehren

EU Bürgerinitiative: 1 Mio Unterstützer:innen in 7 Mitgliedstaaten

Quelle: Wikipedia

Vorschläge für Diskussion

- 1. Krise oder Skandalisierung?**
- 2. Pro und contra Leitbilder: Havel, Böckenförde, Schneidewind, Zürn**
3. Demokratie in der pluralistischen Gesellschaft: Vor und Nachteile inkrementaler Politik
4. Zuordnung von Verantwortung: Koalitionsregierung, Föderalismus, EU
5. Paradigmenwechsel: Werte, Homogenität, Gemeinsinn
- 6. Beitrag und Rolle der WerteAkademie. Mitspieler oder nur kritischer Zaungast?**